

Bayerisches Innenministerium:

Plumper Antikommunismus gegen Zukunftsdebatte!

Am 23. August schaltete die bayerische Landesregierung die Homepage „**Bayern gegen Linksextremismus**“ frei. Die Homepage richtet sich gegen die Parteien MLPD, Die Linke, DKP, die Jugendverbände REBELL, solid und SDAJ und weitere linke, internationalistische und antifaschistische Organisationen. Dass erst ein Monat zuvor bei dem faschistischen Terroranschlag in Norwegen 77 Menschen, davon 69 linke Jugendliche ermordet wurden, spielt für Innenminister Herrmann (CSU) offenbar keine Rolle. „*Der Linksextremismus ist genauso gefährlich wie der Rechtsextremismus*“ erklärte er unverfroren. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Jugend, aller Antifaschisten und Demokraten und verlangt eine entschiedene Abfuhr!

Lüge Nr. 1: Mit dem Kampfbegriff „Linksextremismus“ soll der Einsatz für linke, also sozialistische Ziele kriminalisiert werden. Was soll kriminell sein am Sozialismus? Die Abschaffung der Ausbeutung durch Banken und Konzerne? Die Abschaffung der Diktatur des internationalen Finanzkapitals? Oder dessen Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats? Sie brachte erstmals in der Geschichte der Menschheit breiteste Demokratie für die Arbeiter und die Mehrheit des Volkes, aber auch Unterdrückung für die ehemaligen Ausbeuter und neue Bürokraten, die dem Volk erneut auf der Tasche liegen wollen. Für sie und Innenminister Herrmann ist der Sozialismus sicher „kriminell“ - für die große Mehrheit des Volkes aber die Alternative, wenn Hunger, Armut und Ausbeutung der Natur überwunden werden, weil die Profitwirtschaft abgeschafft ist. Diese Perspektive hat nichts mit den bürokratisch-kapitalistischen Systemen in der Sowjetunion und der DDR nach 1956 und in China nach Maotsetungs Tod zu tun. Die MLPD hat aus der bürokratischen Entartung, wie auch aus Fehlern und Verbrechen, die es auch im Sozialismus gab, die Lehren gezogen und ein System der Kontrolle eingeführt, um solchen Gefahren zu begegnen.

Lüge Nr. 2 ist die Gleichsetzung von Links und Rechts. 150 Gewerkschafter, Antifaschisten, Migranten, Obdachlose wurden seit 1990 in Deutschland von faschistischen Schläger- und Mörderbanden umgebracht (www.nazistopp-nuernberg.de). Neonazis richten ihre Angriffe immer mehr gegen ihren hauptsächlichen Feind, die revolutionäre Arbeiterbewegung. Am 1. Mai 2010 griffen sie die Arbeiterdemonstration in Dortmund an, Gewerkschafter, Marxisten-Leninisten erhalten gehäuft Morddrohungen, Parteibüros der Linkspartei werden angegriffen. Begierig verbreiten Neofaschisten die neue Homepage des Innenministers, um gegen „linke Schweine“ usw. zu hetzen. Es ist eine bewusste politisch motivierte Täuschung, wenn die entschiedensten Gegner des Faschismus mit ihnen auf eine Stufe gestellt werden. Nebenbei wird so auch der Neofaschismus verharmlost. **Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda!**



Lüge Nr. 3: die angebliche Zunahme „linker Straftaten“. 372 will der Innenminister in Bayern im Jahr 2010 gezählt haben, davon 200 mal „Sachbeschädigung“ und 172 „Gewaltdelikte“. Dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass verstärkt Antifaschisten wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ kriminalisiert werden. Mindestens 15 Teilnehmer der erfolgreichen Massenblockade gegen Neonazis im Mai 2010 in München-Forstenried wurden vor Gericht gezerrt, berichtete



STEFAN ENGEL
**MORGENRÖTE DER
INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN
REVOLUTION**

Stefan Engel
Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution

Hardcover,
620 Seiten, **28 Euro**
978-3-88021-380-7

CD-ROM 18 Euro

Das Buch „Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution“ von Stefan Engel ist auch erschienen als Nummer 32–34 des theoretischen Organs REVOLUTIONÄRER WEG der MLPD.

Im Paket: Hardcover + CD-ROM:	42 Euro
RW 32, 33, 34 + CD-ROM:	40 Euro

Erhältlich im Buchhandel oder beim Verlag Neuer Weg,
Alte Bottroper Str. 42, 45356 Essen, Tel.: 0201 25915, E-Mail:
vertrieb@neuerweg.de, Webshop: www.people-to-people.de

die Süddeutsche Zeitung. Die angebliche „Aufklärung über Linksextremismus“ entpuppt sich als plumpe Rechtfertigung Herrmanns für die Unterdrückung und Kriminalisierung des antifaschistischen Kampfs, besonders der Jugend. **Schluss mit dieser Kriminalisierung! Fordert die sofortige Abschaltung des Internetportals „Bayern gegen Linksextremismus“!**

Lüge Nr. 4: die Regierung macht sich Sorgen um die Jugend?

Angeblich geht es Innenminister Herrmann um nichts anderes, als die irregeleitete Jugend aus den Klauen der heimtückischen Marxisten-Leninisten und anderer Demokratiefeinde entreißen. Wer's glaubt, wird selig! Dass Jugendliche eine grundsätzliche Alternative zu seiner verlogenen Monopolpolitik und überlebten kapitalistischen Gesellschaftsform suchen, hat er wohl nicht vorgesehen? In linken Jugendverbänden lernt die Jugend, sich zu organisieren, demokratisch und selbstbewusst zu arbeiten und verschafft sich Durchblick! Die Regierung schickt dagegen die Jugend als Soldaten nach Afghanistan, wo sie für die Profitinteressen der Monopole rücksichtslos verheizt wird. **Die Jugend hat Zukunft, die Jugend steht links!**

Die MLPD ist Mitglied der ICOR

Mit der Gründung der ICOR (International Coordination of Revolutionary Parties and Organizations) am 6. Oktober 2010 haben 40 revolutionäre Parteien und Organisationen die Initiative für den Zusammenschluss der Revolutionäre auf der Welt ergriffen. Die ICOR ist ein Zusammenschluss zur praktischen Zusammenarbeit und zur gegenseitigen Unterstützung im Klassenkampf und Parteaufbau. Die Zeit war reif angesichts der tiefen Krisen des Imperialismus und der durch die Umweltzerstörung bedrohten Lebensgrundlagen der Menschheit.
www.icor.de

Erfolg für Johannes Rupprecht

Als Sprecher der Nürnberger Montagsdemo hatte er die Montagsdemonstration auf die Straße geführt, statt den Gehweg zu benutzen. Dafür sollte er zur „vorbeugenden Straftäterbekämpfung“ wie ein Krimineller erkenntnisdienstlich behandelt werden. Eine schnelle und breite Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit zwang die Polizei zum Rückzieher. Ein wichtiger Erfolg im Kampf um demokratische Rechte! Eylem Gün, Lehramtsanwärterin und Stadträtin der Linken Liste Nürnberg wurde von der Regierung Mittelfranken aus politischen Gründen nicht als Lehrerin zugelassen. Will die CSU/FDP-Regierung die politische Unterdrückung mit Berufsverboten aus der Zeit der Bundesregierung Schmidt (SPD) wieder aufleben lassen? Schluss mit Behinderungen und Berufsverbot gegen linke Kräfte!



Was haben die für eine Angst, um zu solchen Methoden greifen zu müssen? Wenn heute weltweit besonders die Jugend zu Hunderttausenden auf die Straße geht, wie in Griechenland, Spanien, Israel oder Chile, dann tut sie das zunehmend auch im Bewusstsein, dass der Kapitalismus keine seiner Krisen, sei es die Euro-, Finanz- und Weltwirtschaftskrise oder die Umweltkrise wirklich lösen kann. In Deutschland meinen über 70 %, dass die Wirtschaft die Politik bestimmt. Die bayrische Landesregierung sucht ihr Heil offenbar im verstärkten Antikommunismus getreu dem Motto: wenn sie die Menschen schon nicht für den Kapitalismus gewinnen können, soll zumindest der Sozialismus/Kommunismus als Alternative verbaut werden. Aber keine Lüge und kein Verbot wird das auf Dauer verhindern! Wer sich nicht mit Kapitalismuskritik begnügen will, sondern sich für die sozialistische Alternative einsetzen will, ist bei der MLPD und seinem Jugendverband REBELL richtig! **Nieder mit dem Profitsystem – vorwärts zu den vereinigten sozialistischen Staaten der Erde!**

ICH MÖCHTE:

Mitglied der MLPD werden

Infos über die ICOR (Internationale Koordinierung Revolutionärer Parteien und Organisationen)

die ICOR unterstützen

ein persönliches Gespräch

das Programm der MLPD (2,00 Euro)

die Organisationspolitischen Grundsätze (1,80 Euro)

ein 4-wöchiges Probeabo der Roten Fahne (kostenlos)

Bitte ausfüllen und im Umschlag senden an:

Zentralkomitee der MLPD, Schmalhorststraße 1c,
D-45899 Gelsenkirchen

Unterdrückung nicht nur gegen „Linke“

Im September 2011 wurde bekannt, dass Polizisten in Rosenheim bei einer Suchaktion eine vierköpfige Familie in deren Wohnung überfallen und brutal zusammengeschlagen haben. Mutig erstattete die Familie Anzeige. Aber erst nach großem öffentlichen Druck ließ Innenminister Herrmann gegen den leitenden Polizisten ermitteln. Ansonsten verwahrte er sich gegen jede Kritik an der Polizei, diese verdiene „ein herzliches Dankeschön“. Das Oberbayrische Volksblatt dazu am 27.09.11: „Die Ermittlungen gegen den inzwischen suspendierten Rosenheimer Polizeichef sind kein Einzelfall.“ Im Niedertrampeln bürgerlich-demokratischer Rechte wird das reaktionäre Wesen dieses Staates deutlich. Volle vorbehaltlose Aufklärung aller Polizeiübergriffe!

Landesleitung MLPD Bayern

Adam-Klein-Str. 23

90429 Nürnberg

bayern@mlpd.de

(auch V.i.S.d.P.; E.i.S.)

 www.mlpd.de